

Steuergelder, Entwicklungshilfe und die Korruption

Die Schweiz gibt jährlich rund 2,5 Milliarden Franken für die Entwicklungshilfe aus, davon allein 1,6 Milliarden durch den Bund. Sind das gut investierte Steuergelder? – Weitere Themen sind das Mietwesen sowie das Online-Börsengeschäft.

Maximilian Reimann

Entwicklungshilfe darf man eigentlich gar nicht mehr sagen. Die mythisch beschworene «Political Correctness» schreibt uns seit ein paar Jahren die Verwendung des Begriffs «Entwicklungszusammenarbeit» vor. Das töne weniger von oben herab. Dem Steuerzahler kann's letztlich gleich sein. Er berappt so oder so diese Milliarden via Budgets von Bund, Kantonen,

grösseren Städten oder durch Subventionierung der Hilfswerke. Viel mehr interessiert es ihn, was aus diesen Geldern wird.

Wieviel verpufft wirkungslos?

Jüngst ist auf Bundesebene eine Kontroverse über die Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe entfacht. Ausgelöst wurde sie, – wie könnte es anders sein, wenn die Medien nach Indiskretionen lechzen – durch eine vertrauliche Äusserung Bundesrat Blochers in einer Nationalratskommission über die Ineffizienz unserer Afrika-Hilfe. Sicher ist, dass ein ansehnlicher Teil dieser Gelder in Löhne, Reise- und Hotelspesen von schweizerischen Entwicklungshelfern fliesst oder durch Misswirtschaft und Korruption vor Ort versandet. Niemand kann aber sagen, wie gross die Quoten sind, die der Entwicklung der Drittweltländer wirklich zukommt und wie viel anderweitig «verpufft».

Zu den ärmsten Regionen der Welt gehört Palästina, also der Gaza-Streifen und Cisjordanien.

Zweieinhalb Millionen Menschen leiden dort unter Krieg, Arbeitsmangel und Hunger. Dabei fließen und flossen der Palästinensischen Autonomiebehörde alljährlich Hunderte von Millionen an Finanz- und Entwicklungshilfe aus dem Ausland zu. Was davon unrechtmässig abgezweigt worden ist, hat eben die neue Hamas-Regierung ihrem Vorgängerregime von Fatah in einem «Korruptions-Dossier» akribisch unter die Nase gerieben (vgl. Kasten). Natürlich muss man mit Vorsicht aufnehmen, was sich «politische Erzfeinde» alles vorwerfen. Aber dass Milliarden an US-Dollars in der palästinensischen Günstlingswirtschaft versandet sind, kann nicht bezweifelt werden.

Gekauftes Gutachten?

Dieser Tage hat der Schweizerische Mieterverband mit der Veröffentlichung eines – nicht über alle Zweifel erhabenen – Gutachtens von sich reden gemacht. Das Gutachten lieferte den «Beweis» für eine bis anhin

unbelegte Behauptung des Mieterverbandes, wonach wir in der Schweiz ein verfehltes Mietrecht hätten. Das habe zur Folge, dass jährlich eine Umverteilung zugunsten der Vermieter in Milliardenhöhe resultiere. Also an den Pranger mit den raffgerigen Wohnungsvermietern! Oder wurde wieder einmal nach der Devise «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing» begutachtet?

Was also das Gutachten wirklich aufgedeckt? Es verglich rein statisch die Entwicklung der Mietzinsen seit 1985 mit der allgemeinen Teuerung und den Kosten der Vermieter im besonderen. Nicht berücksichtigt wurde jedoch die Tatsache, dass Mietwohnungen häufig qualitativ verbessert werden, insbesondere bei Mieterwechseln. Damit konnten die gestiegenen Ansprüche vieler Mieter besser abgedeckt werden. So erstaunt nicht, wenn das GFS-Forschungsinstitut des Berner Politologen Claude Longchamp in einer breit angelegten Meinungsumfrage zur Erkenntnis kommt, dass 90 Prozent der Mieter in der Schweiz zufrieden sind und ihren Mietzins als angemessen betrachten.

400 000 Internet-taugliche Anleger

Kaum Zweifel sind über ein anderes Gutachten angebracht, des der grösste schweizerische Anbieter von Online-Börsengeschäften, die Swissquote Bank, in Auftrag gegeben hat. Swissquote verfügt mit rund 63 000 Anlegern über das grösste Internet-Kundengeschäft in der Schweiz. Um ihr weiteres Wachstumspotenzial zu erkunden, beauftragte die Online-Bank das Institut für schweizerisches Bankwesen der Uni Zürich mit den entsprechenden Abklärungen. Die Studie war auf jene Anleger beschränkt, die Aktien in ihrem Depot halten und gelegentlich Transaktionen vornehmen. Um nur Spargelder oder Kassenobligationen zu halten und zu verwalten, braucht man schliesslich das Internet nicht.

Die Studie ergab folgendes Ergebnis: Nur 18,2 Prozent der über 18-jährigen Einwohner der Schweiz besitzen Aktien. Das sind in ab-

soluten Zahlen knapp eine Million. Davon sind 40 Prozent internetfähig, was ein Marktpotenzial von 400 000 Anlegern ergibt. Da längst noch nicht alle von ihnen ihre Börsengeschäfte online abwickeln, geht Swissquote von einem weiteren Kundenwachstum von mindestens 5 Prozent pro Jahr aus. Schon die wesentlich tieferen Courtagen und Depotgebühren fördern diese Entwicklung.

Courtagefreie Börsenkäufe

Hinter dem klaren Marktleader der Swissquote belegt im schweizerischen Internet-Börsenhandel die PostFinance mit ihrer Yellowtrade-Plattform Platz zwei. Aus Kundensicht das grösste Plus von Yellowtrade ist der volle Verzicht auf die Erhebung von Depotgebühren. Dem stehen aber gewichtige Nachteile gegenüber, begründet in der Tatsache, dass die PostFinance keine Banklizenz besitzt und man deshalb sein Konto – beispielsweise gegen einen Lombardkredit (Verpfändung der Depotwerte) – nicht überziehen kann. So kann der Kunde auch nicht gleichzeitig mehrere limitierte Kaufaufträge eingeben, in der Absicht, nach der ersten Transaktion die anderen Aufträge zu stornieren. Das Yellowtrade-System akzeptiert Mehrfach-Aufträge schlicht nicht. Da-

Leserfragen

Maximilian Reimann



Der Autor ist gerne bereit, auf dieser Seite schriftlich abgefasste Fragen zu beantworten.

Aargauer Woche
Kronenplatz 12
5600 Lenzburg
Fax 058 200 58 21
E-Mail agwoche@azag.ch

für macht Yellowtrade dieses Handicap sporadisch mit Hit-Angeboten wett. So wird jeweils Freitags im Advent 2006 auf die Courtage bei Börsenkäufen verzichtet.

• Meine Empfehlung:

Yellowtrade-Kunden, die in diesem Jahr über die Börse noch Wertchriften erwerben wollen, tun gut daran, dies am 8., 15. oder 22. Dezember zu tun. Da kann man durchaus auch einmal mit Bestens-Aufträgen operieren, denn die allenfalls leicht höheren Börsenkurse werden durch die «Courtage null» kompensiert. Dafür hat man den Auftrag auf sicher!

Missbrauchte Finanzhilfe

So wirkte das Fatah-Regime in Palästina

Auszüge aus dem «Fatah-Korruptionsdossier» der neuen Hamas-Regierung:

• Vetternwirtschaft im Staatspersonal

90 Prozent der Staatsangestellten waren Fatah-Mitglieder. In den letzten Amtsmontaten vor den Wahlen vom Januar 2006 wurde der Staatsapparat noch von 138 000 auf 159 000 Personen aufgestockt.

• Der staatliche Fahrzeugpark

Jeder Parlamentarier und jeder höhere Beamte bis hinauf zu den Ministern, insgesamt mehrere hundert Leute, hatten Anspruch auf ein Auto zur freien Verfügung. Die Regierung vergütet zudem 250 Dollar monatlich für Benzin und über-

nahm sämtliche Kosten für Zoll, Steuern und Versicherung.

• Die Witwe Arafat

Soha Arafat, die seit Jahren in Paris lebt, erhielt nach dem Tod ihres Mannes eine sofortige Abfindung von 13 Mio. Pfund sowie eine jährliche Rente von 300 000 Pfund zugesprochen. Ein Pfund entspricht Fr. 2.35.

• Direkte Unterschlagungen

Im Finanzministerium registrierte man eine Belastung von 20 Mio. Dollar als staatliche Hilfe an den Bau einer Röhrenfabrik. Die Fabrik wurde nie gebaut.

Ein Generaldirektor im Finanzministerium ist beim Versuch, unmittelbar nach der Fatah-Wahlniederlage 100 Mio. Dollar bar ins Ausland zu

schmuggeln, an der Grenze zu Jordanien verhaftet worden.

Sicherheitschef Mohammed Dahlan soll in Dubai im eigenen Namen dreistellige Millionenbeträge in Immobilien investiert haben. Sie sollen durch eine ganze Reihe an Sonderabgaben im Volk zusammengerafft worden sein.

• Spesen ohne Beleg

Versorgungsminister Ali Abu Shahin erhielt für eine Trauerfeier zum Gedenken an Arafat einen Betrag von 256 700 Dollar. Er hatte weder einen Auftrag erhalten noch Belege dafür vorgelegt.

Finanzminister Nabil Shaath liess sich in England angeblich ärztlich behandeln. Obwohl er kein Arzzeugnis vorlegen konnte, bezahlte ihm die Regierung die Kosten von 10 828 Dollar.

Nachlese

VZ Vermögenszentrum bald im Aargau

Vor zwei Wochen war hier die Rede vom VZ Vermögenszentrum, das zusammen mit dem Schweiz.Hauseigentümerverband dem Quasi-Monopol der Banken im Hypothekarbereich den Kampf angesagt hat. Ich stellte allerdings fest, dass das VZ im Aargau nicht vertreten ist und ihm in unseren Regionen somit die nötige Kundennähe fehlt.

Dies soll nun anders werden. Im nächsten Frühjahr möchte das Vermögenszentrum nämlich eine Publikumsgesellschaft werden und sich an der Börse kotieren lassen. Damit verbun-

den ist sukzessive auch eine Ausdehnung der Geschäftsstellen auf 15 bis 20 Niederlassungen in der Schweiz und damit auch eine Schliessung der «Lücke Aargau».

Offenbar dient dem VZ der grosse deutsche Finanzdienstleister MLP als Vorbild. Dieses banken- und versicherungsunabhängige Unternehmen ging bereits 1988 an die Börse und betreut heute mit 2500 Beratern und 300 Geschäftsstellen rund 680 000 Kunden, meist «Akademiker und andere anspruchsvolle Leute», wie sich MLP selber rühmt.